Bezugs-Preise
Monatl. einschl. Trägerlohn ℳ 1.60
Einzelnummer 10 ₰
Erscheint an jed. Werktage
Verbreitetste Zeitung im OA.-Bez. Nagold
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung d. Ztg. oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Telegramm-Adresse: Gesellschafter Nagold.
Postscheck-Konto Stuttgart 5713.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit den illustr. Unterhaltungs-Beilagen „Feierstunden" · „Unsere Heimat"

Nagolder Tagblatt

mit der landwirtschaftlichen Beilage Haus-, Garten- u. Landwirtschaft

Schriftleitung, Druck und Verlag von G. W. Zaiser (Karl Zaiser) Nagold

Anzeigen-Preise
Die einspaltige Zeile aus gewöhnl. Schrift od. deren Raum 12 ₰
Familien-Anzg. 10 ₰
Reklame-Zeile 35 ₰
Sammelanzeigen 50 % Aufschlag
Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für telephonische Aufträge u. Chiffreanzeigen kann keine Gewähr übernommen werden.

Nr. 154 | Gegründet 1826. | Montag den 6. Juli 1925 | Fernsprecher Nr. 29. | 99. Jahrgang

Tagesspiegel

Reichskanzler Dr. Luther wird der sächsischen Regierung am 13. Juli einen Besuch abstatten und zugleich die Jahresschau deutscher Arbeit in Dresden besichtigen.

Der deutsche Botschafter in Moskau ist angewiesen worden, bei der Sowjetregierung gegen die Vollstreckung des Todesurteils an den Studenten Kindermann und Wolscht Einspruch zu erheben.

Briand hatte in Paris eine Unterredung mit dem polnischen Außenminister Skrzynski über die Sicherheitsfrage und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund.

Der französische Botschafter in London hat Chamberlain die Antwort der französischen Regierung auf die jüngste Note über die Kriegsschulden Frankreichs übergeben.

Die Internationale Arbeitskonferenz

Am 1. Mai hat das englische Parlament einen Antrag, das Washingtoner Arbeitszeitabkommen anzunehmen, abgelehnt, wobei der englische Arbeitsminister erklärte, er würde keinem Gesetz, das die britische Industrie stärker belaste, als irgendeine Industrie des Auslands, die Zustimmung geben. Fast gleichzeitig forderten Arbeitgeber und Arbeitnehmer im englischen Schiffsbau aus Anlaß eines Auftrags einer englischen Reederei an eine deutsche Werft von ihrer Regierung, daß sie einen Druck auf die deutsche Regierung ausübe, daß Deutschland das Washingtoner Abkommen annehmen müsse, das England selbst für sich ablehnte. Beide Vorgänge, die einander ergänzen, werfen ein sehr interessantes Schlaglicht auf die „Internationale Sozialpolitik". Wer wirklich noch glaubt, daß die Ententemächte bei Schaffung der Internationalen Arbeitsorganisation sich — wie es im Teil XIII des Versailler Diktats so schön heißt — „sowohl von den Gefühlen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, als auch von dem Wunsch, einen dauernden Weltfrieden zu sichern" haben leiten lassen, der dürfte durch ein eingehendes Studium der internationalen Arbeitskonferenzen eines Besseren belehrt werden. Die Politik, die lediglich auf Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit ohne Interessen- oder Machtstandpunkte gerichtet ist, hat auf diesen Konferenzen keine Stätte gefunden, ganz abgesehen davon, daß das Zeitalter des Versailler „Friedens" jede internationale Sozialpolitik von vornherein ausschließt.

Die wichtigste Frage, deren Lösung sich die Arbeitsorganisation zur Aufgabe gesetzt hat, ist die internationale Regelung der Arbeitszeit, wie sie in dem von der Washingtoner Arbeitskonferenz im Jahr 1919 getroffenen Uebereinkommen vorgesehen ist. Obwohl bis zum heutigen Tag außer einigen kleinen Ländern keiner der großen Industriestaaten dieses Abkommen angenommen hat, konnte im Mittelpunkt der vorjährigen Genfer Arbeitskonferenz eine fast allgemeine Hetze des Auslands gegen Deutschland stehen, das unter dem Druck der wirtschaftlichen Not sein lange behauptetes Achtstundentagdogma hatte aufgeben müssen. Daß die Angst vor einem wiedererstarkenden Deutschland und vor der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt, und nicht etwa die „große Sorge" um das Wohlergehen der deutschen Arbeiterschaft die Forderung einer deutschen Annahme diktiert hat, ist klar. Mit aller Deutlichkeit zeigte sich damals, daß die „internationale Sozialpolitik" nur eine besondere Form der von der Entente getriebenen Unterdrückungspolitik darstellte. Die Entrüstung der „sozialgesinnten" Welt blieb daher völlig aus, als an diesem Jahr England durch den schon erwähnten Parlamentsbeschluß die Führung der Gegner übernahm. Hatte im vorigen Jahr der Arbeitsamtsdirektor Albert Thomas eine donnernde Anklagerede gegen das verstockte, „sozial-reaktionäre" Deutschland geschleudert, so klangen diesmal sanfte Worte der Trauer und der Ueberredung aus seinem Munde. Er bedauerte, daß England nicht alle Mittel, die ihm der Vertrag von Versailles in die Hand gebe, anwende, um Deutschland solche Arbeitsbedingungen vorzuschreiben, daß auch England in der Lage wäre, den Achtstundentag einzuführen, ohne den deutschen Wettbewerb fürchten zu müssen. Im Januar 1925 hatte Thomas die Stirn, einen deutschen Sozialisten an einen Ausspruch des englischen Ministerpräsidenten Baldwin zu erinnern: der beste Schutz der englischen Industrie sei es, wenn man den rückständigen Ländern einen möglichst hohen Schutz der Arbeit aufzwinge.

Daraus ergibt sich, welche Haltung Deutschland dem Washingtoner Abkommen gegenüber einzunehmen hat. Der Vertreter der Reichsregierung auf der letzten Konferenztagung in Genf (19. Mai bis 10. Juni 1925) hat ausgeführt, Deutschland sei bereit, dem Abkommen beizutreten, aber nur unter der Voraussetzung, daß die übrigen großen Industriestaaten mindestens gleichzeitig beitreten.

Im Mittelpunkt der Konferenz standen drei sozialpolitische Abkommen, die sich mit dem Nachtbackverbot, einer 24stündigen Arbeitsruhe in Glasbetrieben mit Wannenöfen und mit der Gleichbehandlung der einheimischen und fremden Arbeiter bei Arbeitsunfallentschädigungen beschäftigen, und die bereits in erster Lesung auf der vorjährigen Arbeitskonferenz erörtert worden waren. Nicht angenommen wurde das Abkommen über den Glasarbeiterschutz, bei dessen Beratung sich unüberbrückbare Gegensätze herausstellten, die gerade für die Politik der Arbeitsorganisation bezeichnend sind. Der Entwurf sieht eine allwöchentliche 24stündige Betriebsruhe der Glashütten vor, während die Konferenz lediglich die Befugnis besitzt, sich mit Arbeiterfragen, also höchstens mit einer Arbeitsruhe zu beschäftigen. Der deutsche Vertreter wies darauf hin, daß sich in der Tafelglasindustrie durch die Einführung der mechanischen Glasziehöfen eine gewaltige technisch-wirtschaftliche Umwälzung vorbereite, die durch die Einführung einer längeren Betriebspause unterbunden würde. In Genf sind über 50 Staaten vertreten, die durch ihre wirtschaftlichen wie sozialen Verhältnisse grundlegend voneinander abweichen. Eine gemeinsame internationale Regelung ihrer Arbeitsbedingungen müsse aus diesem Grund scheitern, da die sozialpolitische Gesetzgebung eines exotischen, zurückgebliebenen Landes nicht mit der eines fortgeschrittenen modernen Industriestaats in einem Abkommen auf den gleichen Nenner gebracht werden kann. Uebersehen wird darin die Vielgestaltigkeit der Voraussetzungen, unter denen die einzelnen Länder, wie in diesen die einzelnen Industriezweige und Betriebe arbeiten und ihre Arbeitsdauer gestalten müssen; vergessen wird ferner die einfachste Tatsache, daß die Arbeiterschaften der Welt nicht eine gleichgeartete Masse bilden, sondern in Bildung, Leistungsfähigkeit und Leistungswillen erheblich voneinander abweichen.

Vielleicht das beste Ergebnis konnte die VII. internationale Arbeitskonferenz bei der Aufstellung von Grundsätzen, die nicht in den Rahmen von Gesetzentwürfen gepreßt wurden, erzielen. Hierher gehört besonders der Bericht des Ausschusses für die Aufgaben der Sozialversicherung, der von dem deutschen Regierungsvertreter, Ministerialdirektor Dr. Grieser, in deutscher Sprache geleitet wurde. Die Arbeitgeber wurden mit ihrem Anspruch, einen vollen Sitz im Verwaltungsrat zu erhalten, auf die in drei Jahren stattfindende nächste Neuwahl vertröstet; die Frage der deutschen Amtssprache kam, abgesehen von einem kleinen Zwischenfall, überhaupt nicht zur Sprache, wenn auch tatsächlich die deutsche Sprache eine große Rolle auf der Konferenz spielte. Vor allem aber steht noch die dringende Regelung der deutschen Vertretung in dem Beamtenapparat des internationalen Arbeitsamts, in dem immer noch der Einfluß französischer oder franzosenfreundlicher Kreise weit überwiegt, aus.

Neuestes vom Tage

Aufruf des Reichspräsidenten gegen die Erdrosselung der deutschen Luftfahrt

Berlin, 5. Juli. Die wissenschaftliche Gesellschaft für Luftfahrt als Vertreterin deutscher Luftfahrtwissenschaft hat an den Reichspräsidenten von Hindenburg die telegraphische Bitte gerichtet, er möge alles tun, um die neuen Bedrohungen deutscher Luftfahrtwissenschaft und freier technischer Entwicklung durch Beschränkungen sogar der Zahl unserer Flugzeugführer und Flugzeuge abzuwenden. Kein Kulturvolk könne von Deutschland verlangen, die Forscher- und Ingenieurarbeiten weiter knebeln zu lassen. Das Telegramm ist unterzeichnet von Schütte, Wagenführ, Prandtl und Krupp.

Der Reichskanzler gegen eine außenpolitische Aussprache im Reichstag

Berlin, 5. Juli. In der Sitzung des Aeltestenrats des Reichstags machte Präsident Löbe die Mitteilung, der Reichskanzler habe ihn wissen lassen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine außenpolitische Aussprache im Reichstag nicht stattfinden könne. Der Reichskanzler werde die näheren Gründe dafür im Aeltestenrat noch selbst darlegen. Diese Sitzung des Aeltestenrats wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden. Die Plenarsitzungen am Montag und Dienstag sollen ausfallen, da kein Beratungsstoff vorliegt. Die endgültige Entscheidung darüber wird am Schluß der heutigen Plenarsitzung getroffen werden.

Haussuchungen bei Kommunisten

Berlin, 5. Juli. In Berlin und in den Vororten sind zahlreiche Haussuchungen bei führenden Kommunisten vorgenommen worden, wobei belastendes Material beschlagnahmt wurde besonders über die Bildung revolutionärer Kampfverbände im Reich für die bevorstehenden großen Lohnkämpfe.

Die Voraussetzungen des Sicherheitsvertrags

Köln, 3. Juli. In einem Artikel der „Köln. Ztg." über die angeblich Regierungskrise, der vom Auswärtigen Amt veranlaßt sein dürfte, wird ausgeführt, die Denkschrift Dr. Stresemanns vom 9. Februar d. J. über das deutsche Sicherheitsangebot habe nur die Sicherung der deutsch-französischen Grenze, und zwar gegenseitig, erstrebt und neben dem Schutz des Rheinlands vor künftigen Sanktionen einen Geist des Vertrauens schaffen wollen, der eine wesentliche Abkürzung der im Versailler Vertrag vorgesehenen Zeitdauer der Rheinlandbesetzung hätte ermöglichen müssen. Das sei zwar in der Denkschrift nicht ausgesprochen, aber die Folgerung ergebe sich von selbst, denn ohne befriedende Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet habe die Verbürgung der Westgrenze mit ihrer Opferung wertvoller deutscher Empfindungen keinen Sinn. Von einer Verquickung des Sicherheitsangebots mit dem Eintritt in den Völkerbund sei keine Rede gewesen. Die Bedenken gegen den Völkerbund in seiner heutigen Gestalt als Werkzeug des Verbands bestehen bei der Reichsregierung fort. Die in der Denkschrift angebotenen Schiedsgerichtsverträge seien anderer Art als diejenigen, die sich in der Antwortnote Briands vorfinden; sie sahen das schiedsgerichtliche Verfahren nur in Rechtsfragen vor, von einer Verbürgung für die östlichen schiedsgerichtlichen Verträge sei keine Rede gewesen, sie würde auch bei den bevorstehenden Verhandlungen von deutscher Seite abgelehnt werden müssen. Es bestehen also grundlegende Unterschiede zwischen den Vorschlägen Stresemanns und den Forderungen Briands, und solange diese Unterschiede nicht in einem für das deutsche Interesse erträglichen Maß verschwunden seien, könne von dem Abschluß eines Sicherheitsvertrags keine Rede sein. — Dadurch wird leider die Tatsache nicht aus der Welt geschafft, daß die französische Regierung andere Schlußfolgerungen aus der deutschen Denkschrift gezogen hat, als sie nach dem Artikel in der „Köln. Ztg." von deutscher Seite stillschweigend vorausgesetzt worden sind.

Die Waldverwüstung in der Pfalz

München, 5. Juli. Im Staatshaushaltausschuß des Landtags wurde die Verwüstung der pfälzischen Wälder durch die Freiburger Holzfirma Gebr. Himmelsbach auf Grund von Geheimverträgen mit den Franzosen scharf verurteilt. Finanzminister Krausneck erklärte, die Staatsforstverwaltung habe von den Verträgen erst aus den Blättern erfahren. Die Mitteilungen der damaligen Reichsregierung seien so ungenau gewesen, daß man sich kein Bild habe machen können. Er glaube, daß der Staat Schadensersatzansprüche erheben könne, soweit die beteiligten Firmen sich über die Verträge hinaus Vorteile verschafft haben. Er rate der Firma, freiwillig eine Sühne zu geben.

Der Freudenstadter Maschinengewehrdiebstahl

Leipzig, 5. Juli. Der Arbeiter Oskar Seckinger aus Schwenningen, der den Diebstahl des Maschinengewehrs im Bahnhofsgebäude in Freudenstadt ausgeführt und in Stuttgart Waffen aufgekauft hatte, wurde vom Staatsgerichtshof zu 1 Jahr Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Vier Monate davon und die Geldstrafe gelten als verbüßt.

Die Wahlen in Holland

Haag, 5. Juli. Das vorläufige Ergebnis der Kammerwahlen ist: Römisch-katholische Staatspartei 30 Sitze (1922 32), Gegenrevolutionäre Partei (Calvinisten) 13 (16), Christlich-historische Partei 11 (11), Protestantische Reformpartei 1 (1), Sozialdemokraten 24 (20), Liberale 9 (11), Freisinnige Demokraten (Radikale) 7 (5), Bauernpartei 1 (2), Kath. Volkspartei 1 (0), Protestantische Volkspartei 1 (0), Kommunisten 1 (2). Die aus den drei großen Rechtsparteien bestehende Regierungskoalition hat also mit 54 Sitzen die absolute Mehrheit behalten.

Die Königin hat das bereits vom 29. Juni datierte Rücktrittsgesuch des Kabinetts zur Kenntnis genommen und wird sich ihre Entscheidung darüber vorbehalten. Zugleich hat sie das Ministerium ersucht, zur Weiterführung der laufenden Geschäfte vorläufig im Amte zu bleiben.

Zu den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Paris, 4. Juli. Die deutsche Handelsabordnung hat die letzten französischen Gegenvorschläge geprüft. Der allgemeine Eindruck soll nun etwas günstiger sein. Nur vier wichtige Punkte sind noch umstritten, darunter die Frage der Farbstoffe und der Weine.

Die Lage in Marokko

Paris, 5. Juli. Nach den neuesten Berichten hat sich die Lage auf dem linken (westlichen) Flügel der französischen Front verschlimmert. Die Kabylen haben ihre Truppen wesentlich verstärkt.

Verschärfung der Lage in China

London, 5. Juli. Die Note, die die chinesische Regierung in Peking den Vertretern der Mächte übergeben hat, enthält 13 Forderungen. Die Regierung verlangt, daß diese Forderungen von den fremden Regierungen erfüllt sein müssen, ehe sie weitere Verhandlungen führe. Es ist daher nicht unwahrscheinlich, daß die Verhandlungen abgebrochen werden. Tschangtsolin möchte die Verhandlungen fortsetzen, Fengyuhsiang ist aber für den Abbruch.

General Feng soll von Moskau mit Geld unterstützt werden und Russen in seinem Heer haben. Tschangtsolin, der von den Studenten als Nationalheld gefeiert wird, sei bezüglich des Verhaltens gegen die Fremden unschlüssig, er weise aber jede Einmischung Moskaus zurück. Nach einer Londoner Meldung soll Tschangtsolin entschlossen sein, nach Mukden, der Hauptstadt der Mandschurei, zurückzukehren.

Nach der Londoner „Times" sind in Schanghai und Tientsin weitere bolschewistische Agenten eingetroffen.

In Hongkong (Britisch) hat sich der Streik ausgedehnt, auch das Küchenpersonal in den Krankenhäusern und die chinesischen Postbediensteten haben größtenteils die Arbeit niedergelegt.

Chinesische Soldaten haben in nächster Nähe der Fremdenviertels in Chapei Befestigungen angelegt.

In Schanghai wurde ein britischer Polizist von Kulis schwer verletzt.

Die chinesische Baumwollbörse ist geschlossen worden, bis der Streit von Schanghai geschlichtet sei.

Das britische Kabinett behandelte in langer Beratung die Lage in China. Der französische Außenminister Briand hat mit dem englischen Botschafter Lord Crewe eine Unterredung über die chinesischen Angelegenheiten und die von Amerika vorgeschlagene Konferenz.

Nach Londoner Blättern wird die britische Regierung gegen die bolschewistischen Umtriebe Moskaus in China Maßnahmen ergreifen.

Havas meldet aus Nanking: Ein Steuer einer englischen Schiffahrtsgesellschaft wurde von Studenten gestellt und umringt, weil die streikenden Kulis dieser Gesellschaft die Arbeit bedingungslos wieder aufnehmen wollten. Ein chinesischer Polizeikommissar brachte den Steuer zur Wache. Sechs englische Angestellte der Schiffahrtsgesellschaft verlangten die Freilassung des Steuers. 300 Kulis stürmten die Wache und befreiten den Steuer. Ein Polizeibeamter und etwa 12 chinesische Handlungsgehilfen wurden leicht verletzt.

London, 4. Juli. Einer Reutermeldung aus Kanton zufolge treffen täglich Dampfer mit großen Vorräten zur Unterstützung der europäischen Bevölkerung ein. Die britischen Truppen erhielten Stacheldraht und 10 000 Sandsäcke zur Verstärkung der Verteidigungswerke von Schamien.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Württembergischer Landtag

Fortsetzung der Aussprache zum Staatshaushalt

Stuttgart, 4. Juli.

In der Nachmittagssitzung am Freitag ergriff zuerst Staatspräsident Bazille das Wort. Er erklärte: Wenn es der Regierung nicht möglich war, die Zufriedenheit des ganzen Volks zu erreichen, so sei dies auf die Charaktereigenschaft des deutschen Volks zurückzuführen, auch dann unzufrieden zu sein, wenn es ihm gut geht. Der Vorwurf der Städtefeindlichkeit und der agrarischen Gesinnung entbehre jeder Grundlage. Die Regierung müsse dem Stand helfen, der ungerecht belastet sei. Wenn man sehe, wie die Städte gegenwärtig wirtschaften, so könne man nicht bestreiten, daß sie die Schullasten zu tragen vermögen. Mit Ende dieses Sommers sollten die Städte mit der Ueberzahl von festlichen Veranstaltungen Schluß machen. Solange man keine anderen Einnahmequellen zeige, könne das Schullastengesetz nicht zurückgenommen werden. Die letzten Verhandlungen der Ministerpräsidenten in Berlin seien vertraulich gewesen. Ueber die Absichten der Reichsregierung bezüglich der Verfassungsänderung wisse er nichts. In der Aufwertungsfrage habe die württ. Regierung ihr Möglichstes getan. Das Problem der Lehrerbildungsfrage lasse sich vorerst nicht lösen, da in absehbarer Zeit mit einer Besserung der Finanzlage nicht zu rechnen sei. Von einer Aeußerung des Herzogs Albrecht im Sinn der Ausführungen des Abg. Scheef sei ihm nichts bekannt. Er halte es für unmöglich, daß der Herzog etwas tue, was zwischen recht denkenden Persönlichkeiten nicht am Platze sei. Man gehe einer schweren Wirtschaftskrise entgegen, und da sollte die Sozialdemokratie der Arbeiterschaft die Einsicht beibringen, daß nur stärkste Anspannung aller Kräfte uns vor dem Untergang retten kann.

Finanzminister Dr. Dehlinger bestritt die Möglichkeit weiterer Einsparungen beim Staat und einer Erhöhung der ohnedies schwer drückenden Katastersteuer. Die Gemeinden können die Schullasten sehr wohl tragen durch Einsparung von Ausgaben und durch Steigerung ihrer Einnahmen aus ihren Monopolbetrieben. Vor allem sollten sie ihre Beamten und Angestellten entsprechend dem Reichsgesetz eingruppieren. Der Sparerlaß sei notwendig gewesen. Auch der preußische Minister Severing habe einen solchen Erlaß herausgegeben. Der Minister teilte dann weiter mit, daß die Oberpostdirektion für den Wohnungsbau zwei Millionen Mark zu 9 v. H. zur Verfügung gestellt habe. Die Verwaltungsvereinfachung sei im Fluß. Geplant sei die Aufhebung der Staatsrentämter, die Einführung eines neuen Rechnungssystems, die Uebernahme des gesamten öffentlichen Vermessungswesens auf den Staat, sowie die Aufstellung einer neuen Bezirks- und Gemeindeordnung. Die Verhandlungen mit dem Reich wegen der Nebenbahnen seien vor dem Abschluß. Leider müsse Württemberg Opfer bringen, zu denen es gesetzlich nicht verpflichtet sei. Die Regierung strebe einen gerechten Finanzausgleich zwischen Reich, Land und Gemeinden an. Wenn die Lasten drückend seien, so trage daran die württ. Regierung nicht die Schuld. Durch die Gewalt der Entente und durch die Gesetzgebung des Reichs habe das Land die Bewegungsfreiheit eingebüßt.

Zum Schluß der Sitzung beantragten die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung.

•

In der Sitzung am Samstag kam die „zweite Rednergarnitur" zum Wort.

Abg. Roth (Dem.) meinte, wenn die Zustände im Reich besser geworden seien, so liege darin eine Auswirkung der Politik jener Parteien, die früher am Ruder waren. Der Staatspräsident scheine die Industrie und ihre Belange mehr als ein notwendiges Uebel zu betrachten und sollte die Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft nicht verschärfen.

Abg. Ulrich (Soz.) erklärte, der Staatspräsident sei jetzt mehr als 1 Jahr im Amt und da hätte man von ihm eine Art Jahresbilanz erwarten können. Der Staatspräsident sei mit Aemtern und Repräsentationspflichten überladen. Das Arbeitsministerium müsse erhalten bleiben und zu einem großzügigen Wirtschafts- und Sozialministerium ausgebaut werden. Die Lohnbewegungen seien nicht die Ursache, sondern nur die Folge der Preiserhöhung. Warum fand der Arbeitsminister kein W[illegible] gegen die rücksichtslosen Aussperrungen in der letzten Zeit? Auf kulturellem Gebiete sei nichts geschehen. Die politische Polizei verfahre parteiisch gegen die verschiedenen politischen Strömungen. Die kommunistische Bewegung sei unheilvoll für die Arbeiterschaft. Im Anschluß an eine Amnestie im Reich sollte auch eine solche in Württemberg erfolgen. Unerträglich sei die Schnüffelei gegen vermeintliche und wirkliche Abtreibung.

Abg. Rath (DB.) stellt fest, daß der Etat mit großer Vorsicht aufgestellt sei. Sparsamkeit sei aber auch eine gebieterische Notwendigkeit. Der Redner verlangte eine andere Einteilung der Oberamtsbezirke und erklärt, daß der Staat jetzt nicht in der Lage sei, die ganzen persönlichen Schullasten zu übernehmen. Er beantrage deshalb, die Gemeindeleistung in den großen Städten auf 75, in den mittleren Städten auf 55, in den Gemeinden 1. Klasse auf 40 und in den übrigen Gemeinden auf 35 v. H. festzusetzen. Für die Landwirtschaft forderte der Redner ausreichenden Zollschutz. In den hohen Bauarbeiterlöhnen sah er einen Ausfluß der günstigen Konjunktur.

Abg. Karl Müller (Komm.) polemisiert gegen die Vorredner und forderte eine sozialistische Planwirtschaft. Der Wohnungsbau gehe deshalb nicht vonstatten, weil er kein rentierendes Spekulationsobjekt sei. Der Völkerbund bedeute nur ein Rückversicherungsinstrument für den Länderdiebstahl.

Die Abstimmung findet in der nächsten Sitzung am Dienstag nachmittag statt.

Württemberg

Stuttgart, 5. Juli. Vom Landtag. Abgeordnete des Bauernbunds haben folgende kleine Anfrage gestellt: Durch Einfuhr fremdländischer Hühner wurde die Hühnercholera nach Deutschland eingeschleppt und ein großer Teil des Hühnerbestands, namentlich unserer Kleinbauern in Württemberg, nahezu vernichtet. Ist das Staatsministerium bereit, 1. Mittel zur Impfung der noch lebenden Bestände zur Verfügung zu stellen, um wenigstens noch einen Teil unserer Hühnerbestände zu retten; 2. schwer Geschädigten Steuererleichterung zu gewähren?

Weiterer Fleischpreisabschlag. Weitere Verhandlungen der städt. Preisprüfungsstelle mit der Stuttgarter Fleischer-Innung haben zu folgendem Ergebnis geführt: Es kostet 1 Pfund Ochsen- und Rindfleisch 1. 1.15 ℳ (bisher 1.20 ℳ), Rindfleisch 2. 1 (1.05), Kuhfleisch 1. 67—70 Pfg. (70—75), Kuhfleisch 2. 45—55 (50—60), Schweinefleisch wie bisher 1.25 ℳ.

Uhlbach OA. Eßlingen, 5. Juli. Großfeuer. Am Freitag abend ist der Lagerschuppen der Farben- und Lackfabrik dadurch in Brand geraten, daß Feuer in einen Oelkessel schlug, worauf dieser explodierte. Der Schuppen ist mit Fässern vollständig niedergebrannt. Der Schaden ist bedeutend. Zur Bewältigung des Brands mußten die Feuerwehren aus Stuttgart, Cannstatt, Eßlingen und Obertürkheim zu Hilfe gerufen werden. Das vom Feuer bereits ergriffene Wohnhaus konnte gerettet werden. Bewohner eines benachbarten Hauses wurden durch die Explosion verletzt; zwei davon mußten schwerverletzt in das Stuttgarter Kart-

Weinsberg, 5. Juli. Rücksichtslosigkeit. Ein von Heilbronn kommendes Auto stieß einen Arbeiter von Eberstadt, der auf dem Rad heimwärts fuhr, an, so daß er stürzte und bewußtlos liegen blieb, während das Auto davonjagte. Von einem anderen Autobesitzer und zwei Radlern wurde der Verunglückte in seine Heimat gebracht.

Tübingen, 5. Juli. Der Kampf in Lustnau. Anläßlich des Vortrags des Pazifisten Dr. Gumbel aus Heidelberg, im Gasthof zum Hirsch in Tübingen entstand, wie bereits berichtet, ein heftiger Kampf zwischen Tübinger Studenten und den Gewerkschaftsmitgliedern, auf deren Veranlassung der Vortrag stattfand. Auch aus Reutlingen hatte ein großer Lastkraftwagen eine Anzahl Reichsbannerleute mit Fahnen zum Schutz Gumbels herbeigeführt. Bevor der Vortrag begann, entwickelte sich im Saal eine Schlägerei, bei der Stöcke, Stühle, Gläser, Bierflaschen und andere Gegenstände eine Rolle spielten. Der Kampf pflanzte sich auf der Straße fort und das Blut floß in Strömen. Die Polizei schloß die Versammlung und räumte den Saal. Die Versammlung wurde nun in das Gasthaus zur Krone in Lustnau verlegt. Aber noch während des Vortrags erschienen wieder zahlreiche Studenten und der Kampf ging aufs neue los. In der Krone blieb kaum eine Fensterscheibe heil. Bis zum Lustnauer Wäldle tobte die Schlacht. Nachts ½11 Uhr rückte die Feuerwehr mit ihren Spritzen an und versuchte mit Wasserstrahlen die erhitzten Gemüter zu beruhigen; die Glocken läuteten Sturm. Eine Abteilung Schutzpolizei aus Tübingen erst konnte mit den Gummiknüppeln die Kämpfenden trennen. Die Zahl der Verletzten ist groß, darunter befinden sich mehrere Schwerverwundete. — Das Auftreten Dr. Gumbels hat auch in der Heidelberger Studentenschaft schon Zwischenfälle veranlaßt, die Studentenschaft im allgemeinen ist daher nicht gut auf ihn zu sprechen.

Mössingen OA. Rottenburg, 5. Juli. Unfall. Auf der Fahrt von Talheim stieß Distriktstierarzt Dr. Haag mit seinem Motorrad auf ein Fuhrwerk und kam zu Fall, wobei ein Rad des Wagens ihm über den Kopf ging. Die Verletzung ist bedeutend.

Ebingen, 5. Juli. Diamantene Hochzeit. Die Eheleute Götz, Eltern des Fabrikanten Gregor Götz aus Margrethausen, können das Fest der diamantenen Hochzeit feiern. Das Jubelpaar erfreut sich trotz seines hohen Alters noch großer Rüstigkeit und Frische.

Ebingen, 5. Juli. Unglück im Stall. Dem Landwirt Wilhelm Lässing vom Ehestetter Hof sind innerhalb 3 Tagen 5 Stück Großvieh infolge Milzbrand eingegangen. Futter von einem Grundstück, in dem vielleicht vor Jahren schon ein an Milzbrand zugrunde gegangenes Stück Vieh vergraben wurde, soll die Ursache sein.

Olga-Krankenhaus verbracht werden.

Neresheim, 5. Juli. Schadenfeuer. Das Haus des Schneidermeisters Ewig in Eglingen ist bis auf den Grund niedergebrannt. Dem Feuer sind auch viele Kleiderstoffe zum Opfer gefallen.

Aus Stadt und Land

Nagold, den 6. Juli 1925.

Anerkennung braucht jedermann. Alle Eigenschaften können durch tote Gleichgültigkeit der Umgebung zu Grunde gerichtet werden. Immermann.

•

Amtsversammlung vom 4. Juli 1925.

Die am Samstag stattgefundene Amtsversammlung hatte unter der erstmaligen Leitung von Oberamtmann Baitinger einen erfreulich raschen Verlauf. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte der Vorsitzende die inzwischen verstorbenen Mitglieder: Schultheiß Renz-Emmingen und Gemeinderat Paul Beck-Altensteig, indem er die Versammlung bat, sich von ihren Sitzen zu erheben. Hierauf gab er einen kurzen Ueberblick über einige die Interessen der Bezirksangehörigen besonders berührenden Fragen. Danach kann die schon längst erstrebte Errichtung einer **landw. Winterschule** in Nagold trotz wiederholten Betreibens durch Bezirksrat und Stadtverwaltung für Herbst 1925 noch nicht verwirklicht werden, dagegen darf erhofft werden, daß das gewünschte Ziel im Herbst 1926 erreicht wird; das Kultministerium hat in Aussicht gestellt, bei Aufstellung des nächsten Staatshaushaltsplanes in diesem Sinne zu sorgen. — Für die Erhaltung des hart umstrittenen **Lehrerseminars in Nagold** wurde mancher Gang zu den maßgebenden Behörden gemacht. Tatsächlich wird das Seminar, wenn auch in stark eingeschränktem Umfange weiter betrieben; eine endgültige Entscheidung über die Lehrerbildungsfrage im allgemeinen und damit über das Schicksal der einzelnen Seminare ist noch nicht gefallen. Die Regierung will z. Zt. eine völlige Stillegung einzelner Anstalten nicht vornehmen. Jedenfalls scheint es, daß sie in der ganzen Frage auf die Landgemeinden besonders Rücksicht nehmen wird.

Die Inflation, die Mißernte im vergangenen Jahre und die vielen Seuchen haben den hiesigen Oberamtsbezirk besonders stark mitgenommen, zumal von Banken und sonstigen Stellen kein Kredit zu bekommen war, womit der augenblicklichen Not hätte gesteuert werden können. Die Folge davon war, daß ein großer Teil der Steuer noch aussteht und die Verwaltung zu äußerster Sparsamkeit gezwungen wurde. Nur durch die hiesigen guten Arbeitsverhältnisse und durch die Bedürfnislosigkeit der Bevölkerung haben die Bewohner des Oberamtsbezirks die kritische Zeit überstehen können. Der endgültige **Fürsorgeaufwand** der Amtskörperschaft beträgt im abgelaufenen Rechnungsjahre rund 30 000 ℳ, d. h. ⅓ der Amtskörperschaftsumlage; hiezu kommt noch der Aufwand für Erwerbslosenfürsorge und die Umlage des Landesfürsorgeverbands, so daß sich eine Ausgabe von 46 000 ℳ oder rund 1¾ ℳ auf den Kopf der Bezirkseinwohner ergibt.

Man ging nun zur Tagesordnung über:

Punkt 1a—d: Die Mitglieder des Siebenerausschusses, die Vertreter zur Mitgliederversammlung des Landesverbands württ. Amtskörperschaften für 1926—28, die Anleihekommission der O.-A.-Sparkasse für 1926—28, die Vertreter zur Verbandsversammlung der Württ. Giro-Zentrale für 1926—28 wurden sämtlich wiedergewählt.

Punkt 2: Der Stadt Nagold wurde zum **Besoldungsaufwand für die VI. Klasse ihrer Latein- und Realschule**, für welche keine Staatsleistung gewährt wird, ein Beitrag von

---

Der Telefunkenteufel.

Roman von **Otfrid von Hanstein.**

Amerikanisches Copyright Carl Duncker, Berlin.

1. (Nachdr. verb.)

Schlafende Stadt, Mitternacht eben vorüber. Still und wuchtig liegen die Bureaupaläste der Straßen da. Mächtig baut sich der viereckige Häuserkasten der großen Zeitung empor. Ein ganzes Straßenviertel nimmt er ein und überragt mit seinen vierzehn Stockwerken die anderen Bauten.

Hier und da schimmert in einem der zahllosen Fenster ein Licht: Nachtredakteure bei der Arbeit. Da und dort ein offener Torweg. Führen zu weiten Höfen, hinter denen Maschinenhallen aufstreben. Hier leuchten Bogenlampen an schwebenden Ketten. Hinter staubigen Fenstern das Rattern der Rotationspressen. Autos jagen durch die schlummernde Straße. Lastautos, die sich in langer Reihe vor den Toren sammeln, die erste Morgenausgabe zu den Bahnhöfen zu bringen.

Im Innern des Hauses hallende Schritte durch einsame Gänge. Eilende Boys mit kurzen, letzten Manuskripten oder Korrekturfahnen.

Hilmar Burghard steht vom Schreibtisch auf. Er klappt den Deckel der Archivmappe zu und reicht sie dem Boy. Eben hat er derselben den längst vorbereiteten Nachruf eines englischen Staatsmannes entnommen. Zehn Minuten vor Mitternacht kam die Todesnachricht als Blitztelegramm über den Kanal, in der Frühnummer wird schon der Nachruf stehen. Hilmar Burghard wischt sich die Stirn und entzündet eine Zigarette. Ihm ist heiß geworden von der Geschwindarbeit, da ist auch schon wieder ein Bote vom Setzersaal da.

„Eilige Korrektur. Konzert Ada Elena."

Hilmar Burghard lächelt. Ist eigentlich nicht so wichtig, aber er verkehrt im gastlichen Hause des Kommerzienrats Selenius, dessen einzige Tochter heute unter dem Künstlernamen Ada Elena zum ersten und wahrscheinlich trotz allen Erfolges zum letzten Male vor die Oeffentlichkeit trat. Wenn der Kommerzienrat auch nie dulden wird, daß sein einziges Kind Berufskünstlerin wird, es schmeichelt ihm doch, wenn er im Morgenblatt ihren Triumph liest. Hilmar Burghard überfliegt die Korrektur:

„Ein gewaltiger Erfolg! Jubelnder Beifall! — Das erste Flügelregen einer ganz Großen. — — Die Stimme sieghaft und rein, die Technik meisterhaft, der Vortrag beseelt — — wirksamst unterstützt durch Norbert Winfrieds mustergültige Begleitung. — — Meister und Schülerin, beide vollendet. Höchstens im zweiten Teil eine kleine Ermüdung der Stimme. — —"

Hilmar Burkhard nickt.

„Schluß. Korrektur der Biographie kann der Korrektor selbst lesen, ich gehe."

Ein Auto jagt heran, hält vor dem Redaktionsportal, ein Mann springt die Stufen empor, rast herein, hat ein Blatt in der Hand.

„Hier schnell, muß noch hinein."

Atemlos sinkt er in einen Stuhl und Burkhard tritt zu ihm.

„Hallo, Donald, wenn Sie eine Rezension über das Konzert der Elena bringen, kommen Sie einen Posttag zu spät. Hat Kollege Grünbach, der ja mit Ihnen drüben war, schon durchtelephoniert."

Donald ist aufgesprungen und ringt noch immer nach Luft:

„Was heißt Rezension? Sensation! Dickgedruckte Ueberschrift! Erste Spalte Lokales!

„Ada Elena ist spurlos verschwunden!"

„Verschwunden?"

Burkhard schreit auf.

„Machen Sie keinen dummen Scherz!"

„Hat sich was, Scherz! Wahr ist's. Verschwunden, geraubt, entführt, was weiß ich — spurlos verschwunden!"

„Aber sie hat doch vor zwei Stunden gesungen — —"

„Vor anderthalb — veranlassen Sie, daß der Satz hineinkommt und dann kommen Sie mit."

„Wohin?"

„Zum Kommerzienrat Selenius, warum soll ich zweimal erzählen?"

„Sie übernehmen Verantwortung? Es wäre furchtbar, wenn — —"

„Volle Verantwortung, Mensch sind Sie umständlich."

„Nun also — —"

Er setzt sein Zeichen unter das Manuskript des jüngeren Kollegen, der ihn zur Tür drängt.

„Es ist gut, wenn wir uns den Kommerzienrat verpflichten und ihm als Erste zur Seite stehen."

„So reden Sie endlich!"

Das Auto rast durch die Nacht. Donald hat dem Chauffeur zugeschrien: „Tiergartenstraße 66", der Chauffeur fährt wie ein Rasender durch die nächtlichen Straßen. Die Lichter des Potsdamer Platzes — Nachtverkehr brandet auf, dann die stille Tiergartenstraße, das Auto hält vor der Villa. Donald reißt an der Pförtnerglocke, laut hallt sie auf.

„Hallo, was ist!"

„Der Kommerzienrat zu Haus? Noch wach?"

„Allerdings aber — —"

„Wir müssen ihn sofort sprechen. Sagen Sie, wir kommen aus Luckenwalde."

Der Mann versteht, daß hier etwas Wichtiges geschehen.

„Einen Augenblick — ich werde —"

Kommerzienrat Selenius sitzt im Klubsessel vor seinem Schreibtisch. Er hat ein verträumtes Gesicht. Seine Ada! Er ist nicht in Luckenwalde gewesen. Er hat noch immer ein wenig den Grollenden gespielt, aber er hat ihn doch miterlebt, den Triumph seiner Tochter. Der Hörer des Rundfunkapparates liegt noch vor ihm auf dem Tisch. Und jetzt hat er eine volle Stunde so dagesessen und geträumt. Er hat sie singen hören, seine schlanke, schöne Ada! Wie hat ihre Stimme geklungen, wie hat der Beifall getobt! Und er hat zurückgedacht an den Tag, als Adas Mutter, der sie so ähnlich, zum letzten Male gesungen, als die große Künstlerin Abschied nahm von der Bühne, auf der sie Triumphe gefeiert, um ihm, dem damaligen Bankdirektor, zum Altar zu folgen und ihrer Kunst zu entsagen. Sie hat es nicht lange überlebt. Kaum ein Jahr, da starb sie, indem sie ihrem Kinde das Leben gab.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

2500 ℳ für 1924 und ein solcher von 3000 ℳ für 1925 bewilligt. Die Stadtgemeinde erhebt dafür ab 1. April 1925 bei den Schülern aus den Gemeinden des Bezirks Nagold kein höheres Schulgeld als von denjenigen der Stadt Nagold selbst.

Zu den verschiedenen Beschlüssen und Anträgen (Punkt 3 bis 11) wurde die erforderliche Zustimmung erteilt und zwar:

Punkt 3: Gewährung eines Reisekostenzuschusses von jährlich 300 ℳ an Oberamtstierarzt Dr. Metzger, Distriktstierarzt für Haiterbach und Umgebung; Wartgeld von jährlich 100 ℳ für Tierarzt Dr. Killgus, Distriktstierarzt von Wildberg und 4 angrenzenden Gemeinden.

Punkt 4: Aufnahme eines Kredites bis zu 100 000 ℳ bei der Württ. Giro-Zentrale für Zwecke der O.-A.-Sparkasse.

Punkt 5: Festsetzung eines Fehlgeldes von 100 ℳ für den Kassenführer der Oberamtspflege und von 150 ℳ für denjenigen der Oberamtssparkasse.

Punkt 6: Einreihung des leitenden Beamten des Bezirkswohlfahrtsamts in Gruppe IX der Besoldungssatzung.

Punkt 7: Veräußerung von Grundeigentum zu Bauzwecken (bei der Lehmgrube in Nagold) an Frau Dr. med. Ulmer und an Apotheker Schmid in Nagold. Das Fußwegerecht für den Fußpfad vom Stadtbahnhof nach dem Krankenhaus bleibt jedoch bestehen.

Punkt 8: Vergütungssätze für Brandhilfe nach der neuen Bezirksfeuerlöschordnung. Der Vergütungssatz richtet sich jeweils nach einem beweglichen Faktor und zwar nach dem z. Zt. im Oberamt bestehenden Grundlohn von 2.80 ℳ pro Tag.

Punkt 9: Anerkennung der von der Amtskörperschaft gegenüber der Reichspost zu übernehmenden Bedingungen über Einrichtung der **Kraftpostlinie Altensteig-Besenfeld-Schönegrund-Klosterreichenbach;** Uebernahme von 15% des Aufwands auf die Fahrpostverbindung Simmersfeld-Enzklösterle. Bei dieser Gelegenheit erhielt die Amtsversammlung Kenntnis davon, daß die Verhandlungen wegen Wiedereinführung der Kraftpostlinie Nagold-Herrenberg ergebnislos verlaufen sind. Der Bezirksrat Herrenberg hält das Opfer der Stadt Nagold, welche ⅓ des voraussichtlich erheblichen Abmangels zu übernehmen bereit war, als zu bescheiden und glaubt, nicht mehr als die Hälfte des Fehlbetrages übernehmen zu können; er hat daher als Meistbeteiligter die Angelegenheit bis zu günstigerem Zeitpunkt zurückgestellt.

Punkt 10: Der Gemeinde Wart wurde zum Bau der Tiefenbachtalstraße ein Beitrag von 8000 ℳ gewährt, d. h. ⅓ des anrechnungsfähigen und nicht durch anderweitige Beiträge gedeckten Aufwands.

Punkt 11: Das Gesuch der Gemeinde Pfalzgrafenweiler um einen Beitrag zur Verbesserung der alten Poststraße Bösingen-Pfalzgrafenweiler wurde abgelehnt; die für Bewilligung von außerordentlichen Beiträgen zu Straßenbauten maßgebenden Grundsätze sind nicht erfüllt, weil dem Straßenbau eine über den Orts- und Feldverkehr hinausgehende Bedeutung nicht beigemessen werden kann.

Punkt 12: Dem Gesuch der finanziell schlecht gestellten Gemeinde Wenden, deren Steuerzahler durch Viehverluste und deren Folgen (sog. Wendener Krankheit) an die Grenze der Leistungsfähigkeit gelangt sein sollen, wurde entsprechend dem Antrag von Schultheiß Metzger-Simmersfeld durch Nachlaß des Anteils an der Amtskörperschaftsumlage für das Rechnungsjahr 1924 entsprochen. Der Bezirksrat hatte das Gesuch der Gemeinde Wenden abgelehnt, ebenso plädierte Stadtschultheiß **Welker-Altensteig** gegen die Bewilligung der erbetenen Vergünstigung, weil, wenn hiermit ein Vorgang geschaffen sei, die ebenfalls von der Seuche betroffenen anderen Gemeinden auch mit gleichen Anträgen herantreten würden. Schultheiß **Bezner-Spielberg** zusammen mit Stadtschultheiß **Maier-Nagold** dagegen setzten sich besonders für die Bewilligung ein, indem sie ausführten, daß 30% des in der Gemeinde befindlichen Viehstandes an der Seuche eingegangen sei, den Bewohnern von Wenden kein Vieh und kein Heu aus Furcht vor Ansteckung abgekauft werde und somit die Wendener, zumal die Gemeinde ihre sämtlichen Abgaben durch Steuererhebung bestreiten müsse, da sie keine Einnahmen aus Waldbestand usw. hätten, in eine sehr bedrängte Lage gekommen seien, wie man sie an keinem anderen Orte des ganzen Oberamts finden werde.

Punkt 13: Der Haushaltsplan für 1925 schließt mit einem Abmangel von 185 255 ℳ ab (darunter 76 200 ℳ Fürsorgeaufwand einschließlich Arbeitsamt, Tuberkulosenfürsorgestelle, Wanderarbeitsstätte und Obdachlosenfürsorge, sowie 10 000 ℳ als zweite Rate für Zwecke der Aufwertung). Die Amtskörperschaftsumlage wurde auf 170 000 ℳ festgesetzt. Daraus, daß diese gegenüber dem Vorjahr um 37 000 ℳ vermindert worden ist, kann deutlich ersehen werden, daß der Sparerlaß der Ministerien des Innern und der Finanzen an die falsche Adresse gelangt ist, jedenfalls aber berührt er, wie aus der Mitte der Amtsversammlung eingehend festgestellt worden ist, den Bezirk Nagold in keiner Weise. — Ueber den neuen Versuch der Regierung, die Schullasten auf die Gemeinden abzuwälzen, ergab sich eine längere Aussprache. Die Versammlung erhebt schärfsten Einspruch gegen diese Art einer Finanzgebahrung durch die Regierung und beschließt, dies den beteiligten Ministerien zur Kenntnis zu bringen. Gleicher Protest ist bereits im Gemeinde- und Städtetag durch Stadtschultheiß Maier-Nagold erfolgt.

Nach Schluß der Sitzung kurz vor 12 Uhr fand ein gemeinschaftliches Mittagessen der Mitglieder im Hotel zur Post statt.

•

Investitur des Herrn Stadtpfarrer Pressel.

Freudig hell und doch würdevoll mahnend klangen gestern morgen die Glocken unserer Stadt, die uns zum Gottesdienst und zur Einführung unseres neuen Seelsorgers, Herrn Stadtpfarrer Pressel, riefen. Wenn auch der Himmel ein nicht gerade lachendes Gesicht zeigte, so störte es doch zu diesem Gang den inneren Menschen nicht, für den ja nur allein das Wort Gottes geschaffen ist.

Mächtig und zu Herzen gehend klang zuerst das Präludium in D dur von J. C. F. Fischer durch das bis auf den letzten Platz gefüllte Gotteshaus. Der Choral „Komm heiliger Geist", gesungen von dem hiesigen Kirchenchor, erhöhte die weihevolle Stimmung, die über unserer schönen Kirche lag. — Herr Stadtpfarrer Pressel hatte zum Text seiner Betrachtung die Stelle aus dem Lukas-Evangelium Kap. 9, Vers 57—60 gewählt, wo es unter anderem heißt: „Und Jesus sprach zu ihm: Die Füchse haben Gruben und die Vögel haben Nester; aber des Menschen Sohn hat nicht, da er sein Haupt hinlege". — Mir trat bei der klaren und packenden Ausführung dieser Worte unwillkürlich immer wieder die Kreidezeichnung von Wilhelm Steinhausen, „Des Menschen Sohn", vor Augen. — Christus geht üde die Flur, „hat nicht, da er sein Haupt hinlege", wogegen ein Fuchs vor seiner Höhle sitzt und ein Vögelein seinem Neste zustrebt. Das sorgenvolle und leidende Aussehen dieses Christus läßt einen stets in Dankbarkeit aufwallen für das, was er uns gegeben hat.

Die eigentliche Investitur wurde durch die Worte des hiesigen Dekans eingeleitet, die den neuen Seelsorger auf seine großen Pflichten der Gemeinde, gegenüber aber auch die Gemeinde auf ihre Pflichten dem Seelsorger gegenüber hinwiesen. Schwer war die Lebensschule, die unser Stadtpfarrer zu durchlaufen hatte, aber sie macht den Menschen geeignet, alle Unbilden des Lebens zu ertragen und ein Seelsorger muß all' Freud' und Trübsal seiner Gemeinde mit auf sich nehmen. Seine eigenen Worte und die seines Herrn Vaters, der, ebenfalls Stadtpfarrer, zu seiner Einsegnung zugegen war, ließen erkennen, wie er mit jeder Faser seines Herzens an dem, was Vaterhaus, Familie und Heimat ihm gab und gibt, hängt, und dies ist ein Zeichen für uns, daß er nach dem Vorbild des großen Luthers der Richtige sein wird, uns in der heutigen schweren Zeit Freund und Berater zu sein.

Was den Menschen wesentlich macht, ist nicht das, was er tut, sondern in welchem Geiste er es tut und wie.

Darnach wurde Herr Stadtpfarrer Pressel durch Abgeordnete der Landpfarrer, der hiesigen Stadt und der Gemeinde Iselshausen sowie des Kirchengemeinderats begrüßt.

Die Feier schloß mit dem Lied der Gemeinde: „Nun danket alle Gott . . ." und mit einer Improvisation über dieselbe Melodie auf der Orgel. Kö.

•

Vom Sonntag. Regen..., Regen...!!! Für manche mag es einen Strich durch die Rechnung gemacht haben, als sie durch den von der Stadtkapelle vom Kirchturm aus gespielten Choral „Mit dem Herrn fang alles an", aus ihrem Schlummer geweckt wurden und sie zum Fenster hinausschauten. Wenn sich auch mancher auf einen schönen Spaziergang gefreut haben mag, so ist der Mensch von äußeren Umständen doch nicht so abhängig: er begnügt sich eben mit dem, was ihm der Augenblick zu bieten vermag. Der eine greift zu einem schönen Buch, ein anderer arbeitet an seiner Weiterbildung, ein dritter musiziert, ein vierter erledigt die ihm von der Woche her liegengebliebene Arbeit, ein fünfter schreibt an Angehörige und Freunde, die in der Fremde sind, wieder ein anderer sucht in Geselligkeit seine Zeit zu vertreiben usw. usw. — jeder nach seiner Art. Aber so ganz ohne besondere Darbietungen blieben wir doch nicht, denn ein Ständchen, das die Nagolder Stadtkapelle dem neuen Stadtpfarrer brachte, klang prächtig in den Sonntagmorgen hinein. Wir sind eben mit dem Wenigen, was uns die Natur an solchen Regentagen bietet, zufrieden, zumal, wenn wir uns mit dem Sprichwort, daß nicht alle Tage Sonnenschein sein kann, trösten.

Konzert. Am Samstag hielt die gern gehörte Stadtkapelle von Nagold in dem Genesungsheim Bad Rötenbach ein Konzert ab.

Dienstnachrichten.

Der Herr Staatspräsident hat je eine Lehrstelle an der evangelischen Volksschule in Calw der Hauptlehrerin Feucht in Gerabstetten OA. Schorndorf, Holzbronn OA. Calw dem Amtsverweser Wilhelm Gall in Strohweiler OA. Urach übertragen.

Unfall. Ein Lehrling des Schneidermeisters Klaiß hier stürzte, als er sich zu tief aus dem Fenster bückte, vom 2. Stock auf den Hof hinab. Wenn er auch dabei ein Bein gebrochen hat, so kann man immer noch von Glück sagen.

Die Aufwertung der Sparguthaben. Der Aufwertungsausschuß des Reichstags hat einen Antrag angenommen, wonach die Spargutheben mindestens mit 12,5 Prozent aufgewertet werden sollen.

Beginn der Ernte. In einigen Gegenden im Hohenlohe'schen wurde bereits mit dem Schneiden der Wintergerste begonnen.

•

Hirsau, 6. Juli. **Versetzung.** Oberbahnhofvorsteher Maier-Weilheim wurde nach Hirsau und der Eisenbahnsekretär Buck-Tübingen nach Honau versetzt.

Herrenberg, 4. Juli. **Unfall.** In der vergangenen Woche fuhr ein Malerlehrling von hier auf einem Rad den Bettelhausberg hinunter. Dabei überfuhr er ein 15jähriges Mädchen von Mönchberg. Das Mädchen mußte sofort ins hiesige Bezirkskrankenhaus geschafft werden.

Letzte Nachrichten

Zu den deutsch-spanischen Wirtschafts-Verhandlungen.

Madrid, 6. Juli. Seitens der interessierten Großindustriellen und derjenigen von Bilbao macht sich eine geheime Opposition gegen die bevorstehenden deutsch-spanischen Wirtschaftsverhandlungen geltend. Die aus Deutschland eingegangene Meldung einer möglichen Kündigung des deutsch-spanischen Handelsvertrags hat einen ungünstigen Eindruck hervorgerufen.

Ueberschwemmungsgefahr in Warschau.

Warschau, 5. Juli. Die Ueberschwemmungsgefahr wird in Warschau von Stunde zu Stunde größer. Um 4 Uhr nachmittags war die Weichsel bereits um 4,56 Meter über ihren gewöhnlichen Stand gestiegen. Die Stadt Star im Kreise Gavorin ist vollständig überschwemmt. Mehrere Personen sind ertrunken. In Warschau hat man heute zum erstenmal in der Weichsel verschiedenes fortgeschwemmtes Inventar beobachtet.

Warschau, 6. Juli. Gestern abend 8 Uhr drang das Wasser in die Straßen der Stadt. Einige Boulevards nahe der Weichsel wurden überschwemmt. Die Panik ist unbeschreiblich. In der Vorstadt Praga erwartet man für die Nacht eine große Katastrophe. Die Bevölkerung hat sich in Sicherheit gebracht.

Große Explosionskatastrophe in Rußland.

Wilna, 6. Juli. In Polnk (Sowjet-Rußland) explodierte eine große sowjet-russische Munitionsfabrik. Es waren dort 200 000 Kg. Dynamit untergebracht und es ist ungeheurer Schaden angerichtet worden.

Die Madrider Konferenz verschoben.

Madrid, 6. Juli. Die Sitzungen der Konferenz wurden verschoben, um Instruktionen aus Paris abzuwarten. Der Botschafter Peretty erklärte, daß, wenn Ab del Krim die Vorschläge Frankreichs und Spaniens nicht annehme, große gemeinsame Operationen erforderlich würden. Primo de Rivera wird nach der Konferenz nach Afrika zurückkehren.

• •

Im Aufwertungsausschuß brachte der deutschdemokratische Abgeordnete v. Richthofen einen Antrag ein, der eine völlig neue Form der Aufwertung von Anleihen vorsieht.

Die Volkszählung vom 16. Juni ergibt für das Reichsgebiet rund 63¼ Millionen Einwohner.

Handel und Volkswirtschaft

Ankauf eines pommerschen Stinnes-Konzern-Gutskomplexes. Der rund 4400 Hektar große pommersche Güterkomplex Jachow, Gr.-Spiegel, Springe, Neu-Springe und Spandrigge im Dramburger Kreise, welcher nach dem Tod seines Besitzers in den Besitz des Stinnes-Konzerns überging, wird nunmehr in seinem Waldareal (rund 2500 Hektar zusammenhängenden Forst) vom Preußischen Forstfiskus erworben werden. Der Holzbestand soll damit erhalten bleiben.

Berliner Getreidepreise, 4. Juli. Weizen märk. 27—27.50, Roggen 22.70—23, Wintergerste alte 20.40—21.80, neue 20.20 bis 20.40, Hafer 23.20—24.10, Weizenmehl 33.50—38, Roggenmehl 30.75—32.50, Weizenkleie 13.75, Raps 340—360.

Schaffet Euern Kindern rechte Vaterhäuser — Sorgt für Eigen-Heime!

Wie viele Kinder haben ein Vaterhaus? — Ein richtiges Vaterhaus mit Hof und eigenem Garten, ein rechtes Daheim, deshalb ein rechtes, weil sie dort das Recht haben, zu sein, zu spielen, sich zu tummeln, sich zu verstecken, zu lachen und zu jubilieren nach Herzenslust, wie es nur Vater und Mutter erlauben? — Wie ganz anders ist so ein eignes Heim, in dem die Eltern mit ihren Kindern unbeschränkt wohnen dürfen, als die Mietwohnung, in der die Kinder — ach in nur zu vielen Fällen — eine unerwünschte Beigabe sind. Wie ist bei der großen Wohnnot die Sehnsucht so groß nach dem eigenen Daheim. Wie fein wär's wenn so ein Eigenheim vor den Toren der Stadt, fern vom Geschäfts- und Großstadtbetrieb, eine wahre Heimstatt wäre für deutsches Familienleben. Wie sind bei der Wohnenge unserer Tage so viele Volksgenossen zusammengedrängt in allerzulänglichste Räume, die ja vorerst vielleicht noch billig scheinen, die aber nach der sicher einmal erfolgenden Aufhebung der Zwangswohnungsverhältnisse sehr, sehr teuer werden müssen.

Wie blicken so viele, die den Ernst der Lage übersehen und recht überlegen, so traurig und entsagungsvoll in die Zukunft! Wie würden so viele brennend gern ein Eigen-Heim sich schaffen, wenn's nur nicht am nötigsten dazu fehlte, am „Geld". Niemand hat Geld, niemand kann Baugelder geben, alle Siedlungs- und Bauvereine sind am Ende ihrer Kraft. Staats- und Gemeindemittel reichen bei weitem nicht aus, um den unendlich vielen Wohnungslosen Wohnungen zu verschaffen, geschweige denn Eigen-Heime für solche, die sich darnach sehnen.

Da ist es denn mit Freuden zu begrüßen, daß endlich ein Ausweg gefunden, der auch dem kapitallosen Familienvater ermöglicht, sich an die Beschaffung eines Eigenheims heranzuwagen. Es ist die Gemeinschaft der Freunde, eine rein gemeinnützige Gesellschaft von Männern und Frauen aller Stände und Berufe, die erstreht, auch in unserer Zeit der Kapitallosigkeit durch geeignete Maßnahmen allen, die sich ihr anschließen, bei kleinen monatlichen Abzahlungen auf billigstem Wege in verhältnismäßig kurzer Zeit, unter Umständen schon 1½—2 Jahre nach Beginn der Einzahlungen, das Baugeld zum Eigenheim zu allerbilligstem Zins und vorteilhaftesten Tilgungsmöglichkeiten zu verschaffen. Dabei kann ein jeder bauen, wo, wie und durch wen er will, durch ortsansässige Architekten, Baumeister oder auch im Anschluß an vorhandene Bau- oder Siedlungsgenossenschaften. Im Arbeitsausschuß und Aufsichtsrat dieser Gesellschaft sind Reichs-, Staats-, Gemeinde- und Privatbeamte, sie unterstellt sich in ihrer Tätigkeit der breitesten öffentlichen Kontrolle. Alle Kapitalgewinne für Einzelpersonen sind satzungsgemäß in jeder Form ausgeschlossen.

Die Einrichtungen der Gemeinschaft der Freunde kommen in Frage für jeden, der nach einem eigenen Heim strebt, für Beamte in Dienstwohnungen, damit sie für die Zeit des Ruhestandes ein Heim haben, für Eltern, die für heranwachsende Kinder rechtzeitig eine eigene Wohnung schaffen wollen und für alle, die ihre Ersparnisse zuverlässig und sicher anlegen wollen. Ausführliche Abhandlungen, Unterlagen und Berechnungen erhält man von der Gemeinschaft der Freunde e. V., Wüstenrot bei Heilbronn.

Was hat denn diese Gemeinschaft, die erst im Vorjahre ihre Tätigkeit begonnen hat, bisher erreicht? — Nun — zurzeit sind bereits für 30 Millionen Goldmark Bausparverträge mit dieser gemeinnützigen Gesellschaft von Bausparern aller Stände, vom einfachen Arbeiter bis zum Regierungs- und Landgerichtsrat abgeschlossen. Aus dem auf diese Weise gebildeten gemeinsamen Spartopf kamen nach einem gerechten System schon jetzt rund 400 000 ℳ Baugelder zur Ausgabe, womit 31 Bauten finanziert wurden und das, obwohl erst in diesem Jahr mit der praktischen Tätigkeit begonnen wurde. Unter den 31 Bausparern, die diese Gelder erhielten, sind u. a. Arbeiter Gustav Berner, Großgartach b. Heilbronn, Mechaniker Kurt Langner, Stuttgart, Schulrat a. D. Schnizer, Bad Boll bei Göppingen, Postautoführer Kümmel, Heidenheim a. Br. (zieht jetzt schon in sein Haus ein), Pfarrer Schmerl in Pflaumfeld, Bayern, Pfarrer Dölker, Deizisau b. Eßlingen, Kaufmann Bausch, Reutlingen, Oberlehrer Habelian, Reutlingen, Musikdirektor Eschrich, Heilbronn, Eisenb.-Oberinspektor Rau, Heidenheim a. Br., Ingenieur Frank, Besigheim, Pfarrer Eisenberg, Wolfsanger b. Cassel, Schneider Gustav Heinold, Selb i. Bayern, Wwe. Greta Bauer, Arbeiterin, Birkenau b. Weinheim, Johannes Späth, Bauer in Heftigheim a. N. usw. Diese Baugelder werden zu einem sehr billigen Zins nämlich 5% plus 1% Tilgungszins ausgegeben, welcher Zins wieder der Gesamtheit der Bausparer zugute kommt. Die Auslosungen finden nunmehr allmonatlich statt.

Wer sich nach einer Wohnung, nach einem Eigenheim sehnt, wende sich vertrauensvoll an die Gemeinschaft der Freunde e. V. in Wüstenrot bei Heilbronn (Wttbg.). Beste Referenzen für die Reellität und Sicherheit des Unternehmens stehen zur Verfügung. Im übrigen sucht die G. d. F. überall durchaus solide Persönlichkeiten von nur bestem Rufe als Vertrauensleute.

Diese Bausparer haben erst vor 5 bis 10 Monaten mit ihren Einzahlungen begonnen. (68

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Berneck.

Das Sammeln von Waldbeeren aller Art

aus den **gutsherrlichen und Gemeindewaldungen** ist für Auswärtige **ganz**, für Einheimische **vor dem 15. Juli** 79

bei Strafe verboten.

Stadtschultheißenamt: Kalmbach. **Frhrl. Rentamt:** Schwarzmaier.

Wart OA. Nagold.

Das Sammeln von Beeren jeder Art

auf hiesiger Gemeindemarkung ist für Auswärtige

bei Strafe verboten.

37 **Gemeinderat.**

Wenden OA. Nagold.

Das Sammeln von Beeren jeder Art

18

auf hiesiger Gemeindemarkung ist für Auswärtige

bei Strafe verboten.

Gemeinderat.

Stadtgemeinde Calw.

Zum nächsten

Krämer-, Pferde-, Vieh- u. Schweine-Markt

in Calw am **8. Juli 1925** ergeht Einladung.

Die üblichen Vorschriften sind eingehalten.

Calw, den 4. Juli 1925.

76 Stadtschultheißenamt: Göhner.

Gemeinde Deckenpfronn.

Das Oberamt Calw hat den am **9. Juli 1925** hier fälligen

Vieh- und Schweine-Markt

vorbehältlich der Nichtausbreitung der Maul- und Klauenseuche unter folgenden Bedingungen gestattet:

1. Aus Sperr- und Beobachtungsgebieten dürfen Tiere nicht zugeführt werden.
2. Personen aus Sperrbezirken dürfen den Markt nicht besuchen.
3. Händlervieh und Schweine, die von verseuchten Oberämtern bzw. Bezirksämtern kommen, werden zum Markt nicht zugelassen und sind von den Ortspolizeibehörden auf Grund des § 171 Ziff. 1 Ausführungsgesetz zum Viehseuchengesetz auf die Dauer von fünf Tagen unter polizeiliche Beobachtung zu stellen. Die Händler haben deshalb nachzuweisen, daß ihre zu Markt gebrachten Tiere nicht aus einem verseuchten Oberamt bezw. Bezirksamt kommen.
4. Für alle zum Markt gebrachten Tiere sind Ursprungszeugnisse der Ortspolizeibehörde beizubringen; Tiere für welche Ursprungszeugnisse nicht beigebracht sind, werden zurückgewiesen.
5. Viehhändler haben amtstierärztliche Gesundheitszeugnisse beizubringen.
6. Alle zum Markt gebrachten Tiere müssen vor dem Auftrieb durch den beamteten Tierarzt untersucht werden. Vor dieser Untersuchung und außerhalb des Marktplatzes darf kein Handel d. h. kein Feilbieten, kein An- und Verkauf von Tieren stattfinden.
7. Händlern und Treibern ist der Zutritt zum Markt nur in sauberer Kleidung gestattet.

Nichteinhaltung dieser Vorschriften wird bestraft.

Zuwiderhandelnde werden außerdem vom Markt gewiesen.

Den 3. Juli 1925.

73 **Schultheißenamt:** Braun.

Das Rennen macht...

Kavalier Extra

„Warum? Wegen der Qualität!"
Sie finden nichts Besseres für Schuhe u. Leder

Zum sofortigen Eintritt ein kräftiges 71

Mädchen

als Stationsmädchen gesucht.

Versorgungskuranstalt Waldeck b. Nagold.

Über **11000**

Heimsparbüchsen

sind bis jetzt an unsere Sparkunden ausgeliehen worden.

Die Heimsparbüchsen werden **leihweise und kostenlos** an jedermann abgegeben, der ein Sparguthaben von mind. 3 Mark besitzt.

Abgabe- u. Leerungsstellen:

Hauptkasse in Stuttgart

Kanzleistraße 25 beim Stadtgarten u.

630 Zweigstellen

die über das ganze Land verbreitet sind.

Württ. Landessparkasse

Öffentl. Ersparnis- u. Kreditanstalt

Gegründer 1818

Dienstmädchen

welches Kochen erlernen kann, für sofortigen Eintritt

gesucht

Frau Kaufmann Pflaum, Weilderstadt.

Für ordentlichen 34

Jungen,

der das Küferhandwerk erlernen möchte. Lehrstelle bei tüchtigem Meister auf Herbst gesucht.

Angebote an

Frau Bertsch, Witwe, Bondorf im Gäu.

Harmoniums

in jeder Ausführung und Preislage. Spiel-Apparat „Liebmannsta" für Harmoniums zum Aufsetzen und eingebaut. Jedermann kann sofort — ohne Notenkenntnisse — **4-stimmig Harmonium spielen.** Unverbindliche Vorführung im

Musikhaus Rich. Curth, Pforzheim Nr. 7,

Leopoldstraße 17, Roßbrücke Eingang Arkaden.

Kataloge umsonst! zeit. Zahlungserleichterungen!

Komplette

Badeeinrichtungen Badeöfen,

eigene Konstruktion,

Emailbadewannen,

auch für medizinische Bäder,

Niama Waschtische, Wandbecken u. Pissoirs

aus Hochglanzhartsteingut, fertig montiert,

Kinder-Sitz- und Vollbadewannen

in schöner Auswahl,

Waschkessel

in Kupfer, mit verzinkten Feuerungen, wie mit Vorwärmer,

Kupferwasserschiffe

liefert billigst 81

Chr. Waker,

Kupferschmiede und Installation

Nagold, Telefon 107.

Miet-Verträge
Lehr-Verträge
Schuld-Scheine

bei Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Maschinenfabrik Klosterreichenbach

G. m. b. H.

Klosterreichenbach Telefon Nr. 10

1045 Spezialfabrik für

Hochhub-Schnellauf-Walzen-Vollgatter

sowie für sämtl. Sägewerksmaschinen.

Complette Sägewerkseinrichtungen.

Reparaturen

für sämtl. Sägewerksmaschinen werden schnellstens erledigt und billigst berechnet.

Achtung! Staunend billige Arbeitsschuhe. Achtung!

1500 Pr. Militärschnürschuhe, frisch gesohlt u. gefleckt, d. Pr. 4.50 u. 4 ℳ, zu verkaufen. Bei Mehrabnahme billiger. Wiederverkäufer Vorzugspreise.

Versand nur gegen Nachn. od. Voreinsendung d. Betrags.

An- und Verkaufsgeschäft Schöttle, Pforzheim

1746 Dillsteinerstr. 18. Telef. 2165.

Stenogr.-Ver. Gabelsberger.

Wer geht zum **Gauwettschreiben** nach Tuttlingen (12. ds. Mts.)? Anmeldung und Besprechung heute abend **(Uebungsabend).** **Sandler.**

Steckenpferd-Seife

die beste Lilienmilchseife für zarte weiße Haut

Apotheke Th. Schmid, Lsw.-Drog. Gebr. Benz, 374 Louis Bökle, Wwe., Otto Harr, Seifengesch.

---

78 **Nagold,** den 4. Juli 1925.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Sohn, Bruder und Neffe

Christian Deuble, Bildhauer

nach langem, schwerem, in Geduld ertragenem Leiden im Alter von 20 Jahren durch einen sanften Tod erlöst wurde.

Um stille Teilnahme bittet

die tieftrauernde Mutter

Katharine Deuble geb. Reck,

Weichenwärters Witwe mit ihren 3 Kindern.

Beerdigung Dienstag mittag 1 Uhr vom Bezirkskrankenhaus aus.

Einen Saal- oder Wirtschafts-Ofen

auch für **Kirchenheizung** geeignet, für 600—700 cbm Heizkraft, verkauft

Buchhandl. Zaiser.

Kohlepapiere Farbbänder

G. Köbele, Nagold

Fernspr. 126.

Papier-laternen

bei **G. W. Zaiser.**

Nagold, 6. 7. 1925.

Traueranzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden u. Bekannten erteilen wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Kind

Theodor

nach kurzem, schwerem Leiden uns durch den Tod entrissen wurde.

In tiefer Trauer

die Eltern **Chr. Lehre** mit Frau **Clara geb. Rapp,**

die Großeltern **Carl Rapp u. Frau.**

Die Beerdigung findet heute abend 5 Uhr statt. 77

Dauer-Existenz!

Bei Behörden, Industrie, Autobesitzern, Landwirtschaft usw. guteingeführte 72

General-Vertreter

für unsere sehr einträgliche und aussichtsreiche Patent-Feuerlöschpistole „Wolf" und andere Patentneuheiten von großer wirtschaftlicher Bedeutung sof. gesucht. Nur energische und zielbewußte Herren oder Firmen, die sich in geordneten Verhältnissen befinden und über ℳ 1000.— bis ℳ 1500.— für Lagerhaltung verfügen und sich ein hohes Einkommen sichern wollen, werden um ausführliche Offerten gebeten.

Allgemeine Industrie- u. Handels-Aktien-Gesellschaft Freiburg i. Br., Rheinstr. 30.

2070

gesetzlich geschützt — gesetzlich geschützt

Mostansatz „Schradertrank"

Der beste u. billigste Haustrank im Haushalt!

Seit vielen Jahrzehnten bewährt!

Überall erhältlich!

Wer einen **Obstgarten** hat oder anlegen will, abonniere bei seinem Postamt für vierteljährlich Mk. 1.25 die Monatsschrift

Der Obstbau

(Herausgegeben vom Württ. Obstbauverein u. der Landwirtschaftskammer) und werde dadurch **Mitglied des Württ. Obstbauvereins e. V.**

Beratung in allen Obst- u. Gartenbauangelegenheiten. Verkauf u. Vermittlung von Werkzeugen, Kunstdünger, Baumpflegematerialien, Schädlingsbekämpfungsmitteln. — Persönliche Besuche unseres Obstbauinspektors auf Verlangen.

Geschäftsstelle: STUTTGART, Eßlingerstr. 15, Tel. 25312